

Antrag

Hannover, den 24.09.2024

Fraktion der CDU

Resolution: Kurswechsel in der Automobilstrategie - gemeinsam Volkswagens Zukunft, Arbeitsplätze und Standorte in Niedersachsen sichern

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die aktuelle Krise der Volkswagen AG ist das Ergebnis wirtschaftlicher, politischer und struktureller Herausforderungen, die sich in ihren Auswirkungen gegenseitig verstärken.

Die daraus resultierenden Debatten um Werksschließungen und die Verunsicherung der Beschäftigten und der Öffentlichkeit machen deutlich, dass Volkswagen, als einer der größten Arbeitgeber Niedersachsens, schnellstmöglich in ruhiges Fahrwasser kommen muss. Dies ist nicht nur für die rund 110 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Volkswagen in unserem Bundesland von enormer Wichtigkeit, sondern auch für die vielen zuliefernden Unternehmen.

- I. Der Landtag erkennt an:
 1. Volkswagen spielt eine zentrale Rolle in der niedersächsischen Wirtschaft und ist entscheidend für die regionale Wertschöpfung und die Sicherung von Arbeitsplätzen.
 2. Die Landesregierung und die von ihr entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates von Volkswagen, Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und Kultusministerin Julia Willie Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen), tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass vom Vorstand der VW AG und den Arbeitnehmervertretungen ein tragfähiges Konzept entwickelt werden kann, das den Konzern und die Marke VW auf ein stabiles Fundament stellt und Standortschließungen in Niedersachsen verhindert.
 3. Eine technologieoffene, auf Marktanreizen basierende Industriestrategie ist unerlässlich, um die Zukunft der Automobilindustrie in Niedersachsen zu sichern und sowohl klimafreundliche als auch klimaneutrale Antriebstechnologien voranzutreiben.
 4. Die aktuelle Strategie zum Ausbau der Ladeinfrastruktur ist gescheitert, da von Genehmigungsverfahren bis hin zu Lieferketten die notwendigen Voraussetzungen fehlen. Sie muss dringend angepasst werden.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für die folgenden Punkte einzusetzen:
 1. Arbeitsplätze sichern und Standorte erhalten:
 - a) Die Landesregierung appelliert an die Bundesregierung und die Europäische Kommission, dass die aktuelle Lage bei Volkswagen ein Symptom einer verfehlten Automobilstrategie ist und diese schnellstmöglich angepasst werden muss, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern.
 - b) Die Landesregierung trägt im Rahmen ihrer Zuständigkeiten dazu bei, dass es nicht zu Standortschließungen in Niedersachsen kommt. Sie wirkt darauf hin, dass der VW-Vorstand in Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertretungen ein Beschäftigungssicherungskonzept für alle niedersächsischen Standorte und die dortigen Arbeitsplätze erarbeitet.
 - c) Es liegt in der Verantwortung der Landesregierung, konkrete Maßnahmen zur Unterstützung der Beschäftigten, wie Umschulungen und Weiterbildungen, zu fördern und aktiv zu begleiten.

2. Deutschlands und Europas Automobilstrategie brauchen jetzt einen Kurswechsel:
 - a) Die Landesregierung tritt für eine Abschaffung der EU-Flottengrenzwerte und des Nullemissionsziels für 2035 ein, um den Herstellern hinreichenden Spielraum für die Entwicklung und Markteinführung aller neuen Technologien zu garantieren, die zu einer wirksamen Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beitragen. Die Flottengrenzwerte und das Nullemissionsziel gefährden jedoch die Zukunft der Automobilindustrie, ohne nachweislich effizienter zur Erreichung der Klimaziele beizutragen. Das pauschale Verbrennerverbot ab 2035 ist abzulehnen und durch eine technologieoffene CO₂-Emissionstrategie zu ersetzen. Es braucht klimaneutrale Antriebsformen statt einer reinen Nullemissions-Strategie.
 - b) Die Landesregierung setzt sich bei der Bundesregierung und der Europäischen Union für eine Anpassung des nationalen mit dem europäischen Emissionshandel für den Bereich Verkehr ein, mit dem Ziel, diese zu harmonisieren und so anzupassen, dass die Klimaziele im Bereich Verkehr bis 2050 erreicht werden.
 - c) Die Landesregierung tritt für eine Berücksichtigung von E-Fuels und Biokraftstoffen im Emissionshandel ein.
 - d) Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die F+E-Förderung in Niedersachsen bei allen relevanten Antriebstechnologien und damit ausdrücklich auch bei synthetischen Kraftstoffen und alternativen Antrieben verstärkt werden.
3. Wettbewerbsfähigkeit sichern - Akzeptanz für Transformation erhöhen:
 - a) Die Landesregierung setzt sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass aus den Einnahmen des Emissionshandels eine nachhaltige und verlässliche Förderung für Elektrofahrzeuge und Plug-in-Hybride etabliert sowie der beschleunigte Ausbau der Lade- und der Batteriezuliefererinfrastruktur finanziert werden.
 - b) Zudem setzt sich die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass die Mittel aus dem Zertifikatehandel genutzt werden, um eventuell steigende Preise der Mobilität sozial abzufedern (z. B. über höhere Pendlerpauschalen).
 - c) Die Landesregierung stellt sicher, dass die Forschungsaktivitäten in Bereichen wie Energiespeicherung, Batterierecycling und neue Materialien ausgebaut werden, um die heimische Wirtschaft zu stärken und die Abhängigkeit von ausländischen Lieferketten zu reduzieren.
 - d) Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für eine Reform der Netzentgelte sowie die dauerhafte und nachhaltige Senkung der Energiesteuer einzusetzen, um niedrigere Strompreise zu erreichen, welche die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie verbessern, sowie zusätzliche Anreize für den Kauf von E-Fahrzeugen zu setzen. Dazu gehört auch die Befreiung der Strompreise von erzeugungsfremden Abgaben sowie die Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau.
 - e) Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Angebotspalette des VW-Konzerns und insbesondere die der Kernmarke zeitnah um für Durchschnittsverdiener bezahlbare Modelle erweitert wird. Es bedarf echter E-Volkswagen.
4. Autoland leben - Verkehrsinfrastruktur und individuelle Mobilität in Niedersachsen stärken:
 - a) Die Landesregierung treibt den bedarfsgerechten Ausbau und die Sanierung der Straßeninfrastruktur voran und stellt sicher, dass die Instandhaltung und der Ausbau der Bundes-, Landes- und kommunalen Straßen in Niedersachsen mit der nötigen Priorität behandelt werden.
 - b) Die Landesregierung beschleunigt im Rahmen ihrer Zuständigkeiten den Ausbau der Ladeinfrastruktur in Niedersachsen und schafft die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür, dass Elektromobilität auch in einem Flächenland zu einer vollwertig nutzbaren Fortbewegungsform wird.

- c) Die Landesregierung unterstützt aktiv Projekte zur Förderung der individuellen Mobilität wie die Einführung von Lehrstühlen für Automobilwirtschaft, die sich schwerpunktmäßig mit alternativen Antriebsformen, Hard- und Softwareentwicklung sowie Modellprojekten beispielsweise zum assistierten und zum autonomen Fahren befassen.

Begründung

Die Zukunftsfähigkeit von Volkswagen und der gesamten Automobilindustrie in Niedersachsen hängt maßgeblich von einer anderen Art Politik zur Erreichung der Klimaziele ab. Die Landesregierung muss aktiv auf Bundes- und EU-Ebene für diese Ziele eintreten und gleichzeitig im eigenen Land die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten und die Innovationskraft zu stärken. Es ist unerlässlich, dass sowohl die Transformation zur Elektromobilität als auch die Entwicklung moderner Verbrenner und synthetischer Kraftstoffe vorangetrieben werden. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für die individuelle Mobilität und den Infrastrukturausbau in Niedersachsen deutlich verbessert werden.

Carina Hermann

Parlamentarische Geschäftsführerin